

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 19. November 2014

Volkswirtschaftsdirektion**36 2013.RRGR.1136 Kreditgeschäft
International School of Berne, Gümligen. Beitrag an den Neubau 2015-2016. Mehrjähriger
Verpflichtungskredit / Objektkredit**

Beilage Nr. 24, RRB 1002/2014

Fritz Wyss, Wengi (SVP), Sprecher der FiKo. Der Regierungsrat beantragt mit dem vorliegenden Geschäft einen Investitionsbeitrag von 3,9 Mio. Franken zugunsten der International School of Berne ISBerne in Gümligen. Mit diesem Geschäft befasste sich die FiKo bereits vor einem Jahr zum ersten Mal intensiv. Da sich die Zusammensetzung des Grossen Rats in diesem Jahr personell recht stark verändert hat, fasse ich die Vorgeschichte kurz zusammen. Die Volkswirtschaftsdirektion legte uns vor einem Jahr das Geschäft vor und hat der FiKo einen Investitionskredit von 5 Mio. Franken an den Neubau der ISBerne beantragt. Schon damals war für die FiKo klar, dass dies ein Geschäft ist, welches für den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort eine sehr hohe Bedeutung hat. Darum haben wir bereits damals versucht, in den Diskussionen zwischen bildungspolitischen und volkswirtschaftlichen Argumenten zu unterscheiden und kamen zum Schluss, dass wir über ein Geschäft beraten, bei dem wir klar die volkswirtschaftlichen Argumente und nicht die bildungspolitischen beurteilen müssen. Deshalb ist das Geschäft ja auch bei der Volkswirtschaftsdirektion und nicht bei der Erziehungsdirektion. Es geht hier klar um ein Geschäft, bei dem die Standortförderung im Vordergrund steht. Die FiKo hat damals diverse Fragen zu diesem Geschäft gestellt und sich zuletzt für das Projekt entschieden. Sie hat aber den Kredit von 5 auf 3 Mio. Franken gekürzt. Vor allem das amerikanische Konstrukt rund um die damalige Besitzerin K12 wurde in Frage gestellt. Es war uns nicht wohl beim Gedanken, einer ausländischen Firma einen Investitionskredit in dieser Höhe zuzusprechen. Die Volkswirtschaftsdirektion nahm die Kritikpunkte der FiKo ernst, und auf unsere Anregung hin wurden weitere Verhandlungen geführt bzw. andere Formen zur Unterstützung dieses Projektes geprüft. Im Rahmen dieser Abklärungen entschied die Volkswirtschaftsdirektion, das Geschäft von der Traktandenliste der Januarsession 2014 zu streichen. Jetzt, nicht ganz ein Jahr später, liegt uns ein überarbeitetes Projekt vor, mit dem sich die FiKo sowohl im Ausschuss VOL / ERZ als auch im Plenum erneut sehr intensiv befasst hat.

Meine Ausführungen werden sich auf das uns jetzt vorliegende Projekt beziehen. Die FiKo konnte mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass die Kritikpunkte, welche bei der ersten Fassung des Geschäfts geäußert wurden, zu einem grossen Teil aufgenommen und dass neue Lösungen gefunden wurden. Aus unserer Sicht wird das Geschäft nun eindeutig im Sinn der FiKo und deutlich verbessert dem Grossen Rat vorgelegt. Ich halte nochmals Folgendes fest: Die International School of Berne ist aus Sicht der FiKo für den Kanton Bern von enormer Bedeutung. Wir sind überzeugt, dass wir mit der Unterstützung des Neubaus dieser Schule ein klares und unmissverständliches Signal an unsere Wirtschaft aussenden können und dies auch wollen. Wir wollen damit den hier bereits ansässigen international tätigen Firmen und Konzernen klar und unmissverständlich aufzeigen, dass der Kanton Bern ihnen auch in Zukunft ein zuverlässiger Standortkanton sein will. Es geht darum, optimale Rahmenbedingungen zu bieten, damit sich die Firmen und damit auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren Familien im Kanton Bern wohl fühlen. Dazu leistet ein moderner Neubau dieser Schule einen nicht zu unterschätzenden Beitrag. Wenn die Leute im Kanton Bern arbeiten und wohnen, bezahlen sie hier ihre Steuern und nicht in einem anderen Kanton, wo es auch attraktive internationale Schulen gibt. Dass Leute hier arbeiten und in Lausanne, Basel oder Zug wohnen, kann nicht in unserem Interesse sein. Diese Leute sind sehr mobil und bleiben oft nur kurze Zeit hier. Sie sind deshalb darauf angewiesen, in der Zeit, wo sie von Land zu Land

ziehen, in der Umgebung ihres Arbeitsortes eine Institution vorzufinden, die ein internationales Programm anbietet, damit ihre Kinder ihre Schullaufbahn ohne Unterbruch in einer englischsprachigen Schule weiterführen können. Es ist daher sehr wichtig, dass wir im Kanton Bern über eine Schule verfügen, die ein international definiertes Programm anbietet. Die ISBerne ist nämlich nicht nur im Kanton Bern, sondern in einer grösseren Umgebung des Schweizer Mittellandes die einzige Schule, welche das internationale Programm anbietet. Deshalb ist die FiKo überzeugt, dass das Projekt für den Wirtschaftsstandort Kanton Bern von enormer Bedeutung ist. Der Kanton Bern ist ja nur einer von mehreren Partnern bei der Realisierung dieses Neubauprojekts.

Ich komme nun auf einen der entscheidenden Punkte zu sprechen, in dem das Projekt klar verbessert wurde. Der Investitionsbeitrag von neu 3,9 Mio. Franken, über den wir im Grossen Rat jetzt befinden sollen, ist nicht nur tiefer als das letzte Mal, sondern wird nicht mehr an die ISBerne bzw. an ihre neue Besitzerin Safanad SA in Genf, sondern neu an die Mobiliar Asset Management ausgerichtet. Sie ist es, die den Rohbau erstellen wird, wobei sie rund 20,1 Mio. Franken investieren wird. Der Staatsbeitrag des Kantons Bern wird zum Ausbau des Schulgebäudes inklusive den festen Einrichtungen eingesetzt. Weiter muss die ISBerne Eigenleistungen von rund 3,9 Mio. Franken erbringen und über Sponsoring und Spenden rund 1 Mio. Franken hereinholen. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich gemäss Kostenvoranschlag neu auf 28,8 Mio. Franken, woran der Kanton Bern als Investitionsbeitrag 3,9 Mio. Franken leisten würde. Natürlich sind an diesen Beitrag eine lange Liste von Auflagen und Bedingungen gebunden, wobei das beco mit dem Vollzug beauftragt ist.

Ich möchte aus Sicht der FiKo dazu zwei wichtige Punkte hervorheben. Der Beitrag von 3,9 Mio. Franken stellt einen Maximalbetrag dar. Spätere Kostenüberschreitungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Und ein zweiter, sehr wichtiger Punkt ist Folgender: Der Beitrag verpflichtet die Mobiliar Asset Management, den Staatsbeitrag von 3,9 Mio. Franken der ISBerne über eine entsprechende Mietzinsreduktion direkt der Schule bzw. dem Betrieb der Schule zugutekommen zu lassen. Als letzten wichtigen Punkt möchte ich noch erwähnen, dass zum heutigen Zeitpunkt bereits bekannt ist, dass der Neubau von der Frutiger AG – also einer Berner Firma aus Thun – als Generalunternehmung realisiert wird.

Ich möchte es nicht unterlassen, aus Sicht der FiKo noch ein bis zwei kritische Punkte zu erwähnen. Für eine Mehrheit der FiKo ist es nur schwer verdaulich und nachvollziehbar, dass uns im Jahr 2014 ein Bauprojekt für eine Schule vorliegt, bei der das Schulgebäude selbst nur eingeschossig erstellt werden soll. Wir befinden uns hier in der Schweiz und im Kanton Bern und nicht irgendwo in Amerika oder in einem anderen Land, wo Land und Fläche schier unerschöpflich vorhanden sind. Die FiKo ist sich aber bewusst, dass dieser Kritikpunkt zwar erwähnt werden darf, aber für dieses Projekt, welches von der Gemeinde Muri bei Bern ja bereits bewilligt wurde, leider zu spät kommt. Die FiKo vertritt klar die Meinung, dass man den für viele störenden und unverhältnismässig hohen Verlust an Kulturland deutlich erwähnen muss. Aber wie gesagt – für das bereits bewilligte Projekt kommt dieser Einwand leider zu spät. Wir sind der Meinung, dass dies nicht das richtige Geschäft sei, um ein raumplanerisches Exempel zu statuieren, deshalb den Investitionskredit abzulehnen und so den Neubau der ISBerne zu gefährden. Weiter wurden – wie ich zu Beginn meiner Ausführungen bereits erwähnt habe – von einzelnen Mitgliedern der FiKo auch bildungspolitische Bedenken ins Feld geführt.

Ich fasse zusammen. Die FiKo hat alle von mir erwähnten Punkte und noch viele mehr, die ich nicht alle hier erwähnen konnte, gegeneinander abgewogen. Sie kam zum klaren Entscheid, dem Grossen Rat zu beantragen, dem Investitionskredit von 3,9 Mio. Franken zugunsten der International School of Berne in Gümligen für den Mieterausbau im Neubau des Schulhauses für 400 Schülerinnen und Schüler und einer Doppelturnhalle klar zuzustimmen. Mit dem Beitrag soll – als Massnahme zur Standortförderung – eine zeitgemässe Infrastruktur für den Betrieb einer akkreditierten internationalen Schule sichergestellt werden. Wir danken Ihnen, wenn Sie den Antrag der FiKo möglichst einstimmig unterstützen und so mithelfen, ein positives Signal an die Wirtschaft im Kanton Bern auszusenden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Für die grüne Fraktion gehört zu einer Hauptstadtregion mit nationaler und internationaler Ausstrahlung auch eine internationale Schule. Für Kinder von Angehörigen diplomatischer Vertretungen und von Angestellten international tätiger Betriebe, die teilweise nur einige wenige Jahre im Kanton Bern leben und arbeiten und anschliessend an einen anderen Ort auf dieser Welt weiter ziehen, ist es wichtig, eine kontinuierliche Ausbildung absolvieren zu können. Diese muss international anerkannt sein und wird deshalb in englischer Sprache geführt. Diese An-

forderung kann unsere öffentliche Schule nicht leisten. Die Grünen unterstützen daher den Grundsatz einer internationalen Schule in der Region Bern ausdrücklich. Konkret haben wir hier aber über einen Investitionsbeitrag von 3,9 Mio. Franken für den Bau eines Campus für die International School of Berne zu urteilen. Grundsätzlich ist für uns Grüne ein solcher Investitionsbeitrag auch denkbar. Dennoch hat die grüne Fraktion grosse Vorbehalte und zu viel Kritik am vorliegenden Geschäft. Der erste Kritikpunkt ist Folgender: Das Projekt ist aus unserer Sicht eine raumplanerische Fehlleistung. Wir sprechen hier von einem Areal in der Grösse von knapp 5 Hektaren, also 50 000 Quadratmetern, welches in Muri bei Bern liegt – in absoluter Zentrumsnähe zur Hauptstadtregion. Damit man sich das vorstellen kann: Es handelt sich hier um eine Fläche, die ungefähr sieben Fussballfeldern entspricht. Davon werden viereinhalb Fussballfelder überbaut und zweieinhalb bleiben Grünflächen. Für Schulen ist es üblich, dass rund um das Schulgebäude Grünfläche vorhanden ist. Das bedeutet, dass es da grün bleiben wird. Aber wir sind uns alle bewusst, dass da nichts Anderes mehr gebaut werden kann. Das eingeschossige Projekt ist genau das Gegenteil, von dem was vordringlich ist – nämlich ein sorgsamer Umgang mit der knappen Ressource Boden, eine verdichtete Architektur und der Schutz des Kulturlandes. Wer den Schutz von Kulturland wirklich ernst meint, kann hier nicht einfach ja sagen. Es handelt sich nämlich um eine Kulturlandsünde.

Ich komme auf den zweiten Kritikpunkt zu sprechen. Die gewinnorientierte Trägerschaft wirft Fragen auf. Wie der FiKo-Sprecher richtig sagte, geht der Beitrag des Kantons zwar direkt an die Mobiliar Asset Management als Investor und nicht an die ISBerne AG. Aber seien wir uns dennoch bewusst, dass die gegründete Aktiengesellschaft ISBerne AG in einem gewinnorientierten Kontext steht. Wir sind schon ein wenig erstaunt dass die Volkswirtschaftsdirektion hier sogar aktiv Kontakte zum US-Bildungskonzern K12 vermittelt. Ich sage hier bewusst «Konzern». Es handelt sich hier um verschiedene Konstruktionen und ist tatsächlich kompliziert. Die ISBerne AG ist eine 100-prozentige Tochter von Pansophic Learning GmbH, welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Safanad SA ist, die ihren Sitz zwar in Genf hat, aber ebenfalls in Dubai stationiert ist. Die Entwicklung, dass die Grundausbildung von Kindern internationalen Investoren in die Hand gegeben wird, stimmt uns mehr als nachdenklich. Vor diesem Hintergrund war die Beurteilung in der grünen Fraktion sehr kontrovers. Einhellig sind die Grünen der Meinung, dass der raumplanerische Sündenfall bei dem zu bauenden Campus nicht in Ordnung ist und den Ansprüchen, die wir an eine nachhaltige Politik haben, nicht entspricht. Ist es vertretbar hier Steuergelder zu investieren? Wie ist es möglich dass bei einem Projekt, an dem seit Jahren gearbeitet wird, die zuständige Gemeinde, die kantonalen Aufsichtsbehörden oder die Volkswirtschaftsdirektion nicht Remedur geschaffen haben? Was bedeutet dieser Fauxpas im Hinblick auf die heute oder morgen anstehende Diskussion über Raumplanungsfragen und Baugesetzgebung? Und welche Lehren zieht die Regierung daraus, damit sich ein solcher Fehler nicht mehr wiederholen wird?

Ein Teil der Grünen kann dem Investitionskredit wegen diesen raumplanerischen Fehlern nicht zustimmen. Für einen anderen Teil – bei dem auch ich dabei bin – überwiegt im Interesse der Hauptstadtregion die Ansicht, dass Bern eine internationale Schule braucht und dieser Kredit respektive seine Ablehnung kein negatives Zeichen setzen soll. Wir erwarten vom Volkswirtschaftsdirektor eine klare Stellungnahme, wie er mit diesem Zielkonflikt in Zukunft umgehen will. Ich komme zum Schluss. Wir müssen Lösungen für den Kulturlandschutz und die Wirtschafts- und Standortförderung finden und nicht das eine dem andern opfern.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Ich kann es vorweg nehmen: Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist ebenfalls gespalten. Viele Gründe sprechen für den Beitrag von 3,9 Mio. Franken an die ISBerne, aber viele auch dagegen. Letztlich hat sich aber eine Mehrheit für die 3,9 Mio. Franken ausgesprochen. Für die Region Bern mit der Bundeshauptstadt und dem entsprechenden diplomatischen Personal ist eine internationale Schule zwingend notwendig. Eine solche Schule ist auch wichtig für international tätige Firmen, wie bestehende Schweizerische Firmen, Versicherungen, Banken oder solche, die interessiert sind, sich hier in der Region anzusiedeln. Für Personen, welche sich für eine Stelle bei einer international tätigen Firma interessieren, sind die Infrastrukturen in der Region, wo sie hinziehen würden, wichtig. Dazu gehören immer auch die Schulen. Eine internationale Schule ist also ein wichtiges wirtschaftspolitisches Standortargument. Natürlich gibt es im Kanton Bern auch genügend gute öffentliche Schulen. Die internationalen Schulen folgen aber überall auf der ganzen Welt dem gleichen internationalen Lehrplan. Für Kinder von Eltern, die viel umziehen, ist es deshalb beim Wechsel in ein anderes Land wichtig, den Unterricht mit dem gleichen Lehrplan weiter besuchen zu können. Ich habe in Zürich an der American International School gearbeitet und dabei mitbekommen, wie häufig Kinder nach manchmal nur kurzer Zeit, das Land, und damit auch die Schule, wie-

der verlassen müssen. Dank dem gleichen Lehrplan können sie am neuen Ort den Unterricht praktisch übergangslos weiterbesuchen. Dasselbe gilt auch für Schweizerinnen und Schweizer, die nach einem längeren Auslandsaufenthalt zurückkehren. Auch sie wollen meistens, dass die Kinder ihre Schulzeit nach dem internationalen Lehrplan abschliessen können. Das Geschäft hat also sehr wohl nicht nur einen wirtschaftspolitischen, sondern auch einen bildungsrelevanten Aspekt.

Im Übrigen schliesst die Erziehungsdirektion mit der International School of Berne eine Leistungsvereinbarung ab, kann aber keinen Einfluss auf den Lehrplan, sondern nur auf organisatorische und technische Belange nehmen. Leider ist die ISBerne seit ein paar Jahren kein Verein mehr. Die neue Besitzerin K12 hat die Firma diesen Frühling wieder verkauft. Die 3,9 Mio. Franken aus der Wirtschaftsförderung gehen nun aber, im Gegensatz zur ersten Vorlage, nicht mehr an eine unbekannte, eventuell zweifelhafte Firma, sondern an die Bernische Mobiliar Asset Management, die Bauherin des neuen Gebäudes ist. Für den Fall, dass das Gebäude irgendwann einmal nicht mehr als Schule genutzt werden sollte, wurden klare Vereinbarungen getroffen. Der Kanton besitzt also eine Garantie für die Nutzung seines Beitrags. Ich hatte auch beruflich mit der ISBerne zu tun, weil sich Lehrpersonen an die Gewerkschaft gewandt hatten. Bei dieser Gelegenheit konnte ich die bestehenden Gebäude und Räumlichkeiten besichtigen. Die Arbeitsbedingungen an dieser Schule sind alles andere als toll. Ein Ja zur neuen Schule ist deshalb auch eine Frage des Respekts gegenüber den Lehrpersonen, den Leuten im Sekretariat oder im Hausdienst – also gegenüber allen, die dort arbeiten und natürlich auch gegenüber den Kindern, die dort die Schule besuchen. So, wie sich die Schule heute präsentiert, ist sie leider keine Visitenkarte für den Kanton Bern. Die Räume sind klein, alt und verzettelt. Es ist im Übrigen ein Irrglaube, zu meinen, die Schülerinnen und Schüler dort seien alle Kinder reicher Eltern. Kinder aus allen Schichten besuchen diese Schule, beispielsweise gerade beim diplomatischen Personal.

Ich komme auf die Gründe für die ablehnenden Haltungen in unserer Fraktion sprechen. Genau vor einem Jahr diskutierten wir hier im Saal über Sparmassnahmen. Die bürgerliche Mehrheit dieses Parlaments hat damals auch im Bildungsbereich schmerzhaft und gravierende Sparmassnahmen beschlossen. Dass der Kanton bei seinen eigenen Schulen derart spart und eine ausländische, private Schule mit beinahe 4 Mio. Franken «sponsert», können viele Mitglieder unserer Fraktion nicht akzeptieren. Die SP setzt sich seit Jahren für eine gute und starke öffentliche Schule ein. Einerseits wird bei der Schule immer gespart, andererseits erhalten private Schulen öffentliche Gelder. Gemäss Artikel 67 des Volksschulgesetzes (VSG) sind Beiträge an private Schulen nur möglich, wenn diese nicht gewinnorientiert sind. Gehört eine Schule einem internationalen Konzern, dürfte dies kaum zutreffen. Dass die 3,9 Mio. Franken an die Mobiliar Asset Management gehen, kann die Kritiker in unserer Fraktion nicht beruhigen. Störend ist auch, dass das Gebäude nur einstöckig... *(Die Präsidentin bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen)*. Ich denke die kritischen Punkte werden dann noch von Einzelnen bearbeitet, wir bitten ... *(Hier schaltet die Präsidentin das Mikrofon aus, da die Redezeit abgelaufen ist.)*

Jakob Etter, Treiten (BDP). Es geht hier um die Internationale Schule in Gümligen. Volkswirtschaftlich gesehen, hat das Projekt für den Kanton Bern eine sehr grosse Bedeutung. Es bedeutet einen Wettbewerbsvorteil für den Kanton Bern bei der Ansiedlung ausländischer Firmen, wenn wir eine entsprechende Schulbildung anbieten können. Der Betrag ist absolut gerechtfertigt. Die Bedingungen unter Punkt 6 sind für die BDP nachvollziehbar. Man könnte beinahe sagen, es sei eine gute Investition. Denn würden die 350 Schülerinnen und Schüler, die in dieser Schule erwartet werden, die öffentliche Schule besuchen, würde das pro Jahr etwa 2 Mio. Franken kosten. Jetzt sprechen wir von 3,9 Mio. Franken. Dies sind, soweit, die positiven Punkte. Es gibt aber auch negative Punkte, wie wir bereits von den Vorrednerinnen und Vorrednern hörten. Ich möchte das unterstreichen. Vor allem der übertriebene Landbedarf ist für uns unverhältnismässig; man kann sagen: unverantwortlich. Wir werden heute hier im Rahmen des Raumplanungsberichts noch über verdichtetes Bauen sprechen, und hier unterstützt der Kanton genau das Gegenteil mit einem freiwilligen Beitrag. Es sollen ein einstöckiges Gebäude mit 6000 Quadratmetern Grundfläche, Sportanlagen und eine Turnhalle gebaut werden. Dafür werden 50 000 Quadratmeter Land benötigt. Es ist ein Sündenfall von Landverschleuderung, den der Kanton mit einem Beitrag von beinahe 4 Mio. Franken noch legitimiert. Ich bin sicher, das wird ein Präzedenzfall für andere Bauvorhaben werden, der dann immer wieder herangezogen werden wird. Für uns ist unverständlich, dass die Volkswirtschaftsdirektion keine Auflagen bezüglich des Landverbrauchs ausgehandelt hat. Wie kann unser Landwirtschaftsdirektor einen solchen Landverschleiss verantworten? Genau dieser Sündenfall zeigt deutlich auf, dass die Kulturland-Initiative der BDP, der Grünen und der LOBAG mehr als nötig

ist. Eine Mehrheit der BDP-Fraktion stimmt dem Antrag mit Murren zu. Ich weiss, dass man, wenn man den grünen Knopf drückt, das Murren nicht ausdrücken kann, aber ich hoffe, es sei dann im Tagblatt nachzulesen. Vielleicht gibt es auch einen Denktzettel für Folgeprojekte. Ich komme zur Zusammenfassung. Die BDP akzeptiert mehrheitlich den Kredit und unterstützt das Projekt. Wir können aber den Landverlust nicht verantworten.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die EVP-Fraktion wird dieser Vorlage mehrheitlich zustimmen. Seit der Regierungsrat die erste Vorlage zurückgezogen hat, ist einiges geschehen und verbessert worden, was uns überzeugt hat. Es sind nicht mehr 6 Mio. Franken, die wir bezahlen, sondern nur noch 3,9 Mio. Franken. Das sind ein bisschen mehr als 10 Prozent der Gesamtkosten. Die Investorin des Gebäudes ist eine hiesige Firma und die Schule wird von ihr das Gebäude mieten. Der Beitrag des Kantons ist an klare Bedingungen geknüpft. Für uns ist der Beitrag klar eine Investition in die Standortförderung. Wir ermöglichen damit Familien von Expats sich im Raum Bern anzusiedeln und unter anderem hier auch Steuern zu bezahlen. Das steht für uns im Vordergrund. Ich muss Ihnen ehrlich sagen – ich habe bei diesem Beitrag ein wesentlich besseres Gewissen, als wenn der Kanton Bern Firmen, die er ansiedeln möchte, Steuererleichterungen gewährt, bei denen wir nicht genau wissen, wie hoch sie sind und was sonst noch vereinbart wird. Mir ist es lieber, wenn wir genau wissen, warum und wofür wir das Geld ausgeben. Wir sind mit dem Regierungsrat einverstanden, dass er aus dieser Vorlage keine Bildungsvorlage macht. Würde er dies tun, müsste man sich beispielsweise die Frage nach der Integration der Kinder und Jugendlichen stellen. Auf diese Art wird einfach klar, dass sich die ganze Sache ausserhalb unseres Bildungssystems bewegt. Auch uns ist auf den ersten Blick ins Auge gestochen, dass da flächenmässig recht grosszügig gebaut wird. Wir begrüssen auch, dass die Bürgerlichen dies monieren. Sonst hat man das von dieser Seite noch nicht so oft gehört. Beim zweiten Blick aber müssen wir sagen, dass es in diesem Fall schlussendlich die Sache der Gemeinde und der Bauherrschaft und die unsere ist, dazu etwas zu sagen. Wir stimmen dem Beitrag zum Neubau der International School of Berne mehrheitlich zu.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Das Vorhaben der ISBerne bzw. dessen Ausführung ist raumplanerisch sehr schwach. In diesem Sinn unterstützen wir die Kritik, welche im Vorfeld geäussert wurde. Es ist für uns ein Fingerzeig, wie schwierig die Umsetzung des verdichteten Bauens in der Praxis sein wird. Wir sind hier aber weder Eigentümer noch Bauherr. Die Einzonung ist erfolgt und die Bewilligung liegt vor. Das bedeutet, dass wir zu spät sind, um irgendetwas Konkretes zu bewirken. Es ginge hier nur darum, ein Zeichen zu setzen. Das bringt, nach Meinung unserer Fraktion, nichts. Selbst mir als Oberländer ist der Standort Bern für ein internationales Schulangebot zu wichtig, um hier ein fragwürdiges Zeichen zu setzen. Zudem stellt der beantragte Beitrag bereits einen Kompromiss dar, zwischen dem ursprünglich beantragten und demjenigen, den die FiKo letztes Jahr vorschlug. Aus diesen Gründen unterstützt die EDU-Fraktion den Kredit.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Um es vorweg zu nehmen: Die FDP-Fraktion stimmt dem Kredit mehrheitlich zu, da die Auflagen, die gemacht wurden, weitgehend erfüllt werden. Was auch gewisse Leute in unserer Fraktion als störend empfinden, ist der Landverschleiss durch den einstöckigen Bau. Wir werden hier später den Raumplanungsbericht diskutieren. Da wird unter anderem verdichtetes Bauen, Schutz des Kulturlandes und eine Abkehr von Einfamilienhäusern hin zu Mehrfamilienhäusern verlangt. Und hier helfen wir mit, an einen Bau zu bezahlen, der mitten auf der Wiese einstöckig gebaut wird. Das stört auch mich persönlich. Aber die zuständige Gemeinde hat dem so zugestimmt. Und diese Schule ist wichtig für den Kanton Bern. Das meint auch die FDP ganz klar. Wir brauchen diese Schule auch, um die Leute im Kanton Bern halten zu können, die anschliessend auch hier Steuern zahlen. Und wenn die Kinder im Kanton Bern die Schule besucht haben, werden sie vielleicht einmal, wenn sie 30-jährig sind, in die Schweiz zurückkehren. Ich sehe das im Saanenland, wo sich die John F. Kennedy International School befindet, was auch Auswirkungen auf den Tourismus hat. Deshalb stimmen wir dem Geschäft mehrheitlich zu.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Ich glaube, das meiste wurde nun bereits gesagt – freie Debatte hin oder her. Ich werde jetzt hier nicht noch einmal alle Argumente ausbreiten. Es war in der SVP-Fraktion wie in allen anderen Fraktionen auch. Schlussendlich ist es ein Abwägen zwischen Argumenten, die eher gegen den Kredit sprechen und solchen, die eher dafür sprechen. Es ist grundsätzlich die Frage, ob eine private Schule überhaupt durch den Kanton unterstützt werden soll. Das andere ist die Sache mit dem Landverschleiss, was bei uns natürlich vor allem die landwirtschaftli-

chen Vertreter gar nicht gerne sehen. Der Eine oder der Andere wird vielleicht auch noch nach vorne kommen. Demgegenüber steht die wirtschaftliche Bedeutung dieser Schule für den Kanton Bern. Beim Abwägen in der SVP-Fraktion war das letzte Argument schlussendlich wichtiger als die beiden anderen. Und grundsätzlich hätte auch die Gemeinde Muri bei Bern sagen müssen, dass sie ein solches Bauprojekt nicht bewilligt. Jetzt hier über den Kanton via Kreditbegehren Raumplanung betreiben zu wollen, ist der falsche Weg. Eine grosse Mehrheit der SVP-Fraktion wird deshalb dem Kredit zustimmen. Einige werden sich enthalten und vielleicht wird es einzelne Gegenstimmen geben.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich in der Zeitung gelesen habe, dass das Geschäft, welches sich ja bereits einmal in der Pipeline befunden hat, in der FiKo nahezu unbestritten war. Ich habe noch selten ein Geschäft gesehen, das aus meiner Sicht so schlecht vorbereitet war, als es zum ersten Mal kam. Der Volkswirtschaftsdirektor hat dann die Blätter im Wald rauschen gehört und gemerkt, dass das Geschäft hochkant durchgefallen wäre, hätte er es damals gebracht. Nun hat er taktiert. Jetzt ist da nicht mehr die K12 sondern die Mobiliar Asset Management. Man liess auch Zeit verstreichen und nun wird argumentiert, alles sei schon geplant und es sei zu spät, noch etwas zu verändern. Hier wurde unter anderem gesagt, man könne zwar monieren, murren und die Faust im Sack machen, es sei aber Sache der Gemeinde und schlussendlich werde man in den sauren Apfel beissen und das Geschäft einfach durchwinken. Ich hoffe sehr, dass dies nicht der Fall sein wird. Dies nur schon deshalb, damit in Zukunft so schlecht vorbereitete Geschäfte nicht einfach durchgewinkt werden, weil daraus ein Sachzwang kriert wurde.

Ich versuche nun, Ihnen einige Argumente darzulegen, um Sie zu überzeugen, dass es nicht gut ist, hier auf die grüne Taste zu drücken. Es wurde beinahe von allen Fraktionssprechern gesagt, ihre Fraktionen seien gespalten gewesen. Daran wird deutlich, dass es niemandem dabei recht wohl ist. Auch in der glp-Fraktion haben wir kontrovers diskutiert. Schlussendlich kamen wir aber grossmehrheitlich zu der Meinung, dass wir dieses Geschäft ablehnen müssen. Und wenn es dann ums Drücken geht – wer weiss – wird es vielleicht sogar einstimmig sein. Wir von der glp finden, dass es internationale Schulen braucht und eine solche für den Standort Bern wichtig ist. Wir sind nicht gegen internationale Schulen, aber gegen dieses Geschäft. Wir sind auch der Überzeugung – auch ich persönlich – dass diese Schule gebaut werden wird. Diese Leute verfügen über Geld. Grossratskollege Stähli aus Köniz wird Ihnen noch vorrechnen, was ein Quadratmeter Bauland in Muri kostet. Auch Grossratskollege Näf weiss das. Wer es sich erlauben kann, derart verschwenderisch mit Bauland umzugehen, soll mir hier nicht erzählen, er habe ein Finanzierungsproblem.

Ich komme nun auf das erste Argument zu sprechen, weshalb wir als Fraktion gegen das Geschäft sind. Ich behaupte einmal Folgendes: Im Bereich der internationalen Schulen funktioniert der Markt, und es wird sogar Geld verdient. Wir konnten im Bericht lesen, was da für Tarife verlangt werden. Da muss man mir doch nicht erzählen, wegen ein paar hundert Franken mehr oder weniger pro Jahr und Schüler, falle deren ganzes Businessmodell zusammen. Mit der Bildungskommission haben wir ein bisschen über den Tellerrand geschaut und waren zu Besuch in Zürich. Dort gib es mehrere internationale Schulen, die funktionieren. Ich habe nachgefragt, ob man sie dort auch unterstützen würde. Mir wurde geantwortet, nein, der Markt würde bestens funktionieren weil Konkurrenz bestehe. Nun können Sie natürlich argumentieren, das sei halt in Zürich so. Mit den Konzernen dort würde das funktionieren und würde bezahlt. In Bern sei das nicht so und deshalb müssten wir hier subventionieren. Ich behaupte aber, das wäre nicht nötig. Von mir aus können wir die 4 Mio. Franken sprechen, aber nicht in Beton und in ein solches Konstrukt wie die Mobiliar Asset Management. Wenn schon, sollten wir eine Subjektfinanzierung betreiben. Im Kanton Bern existiert ein modernes System, mit welchem sogar Privatschulen angemessen unterstützt werden. Übrigens erhält auch die ISBerne 2000 Franken pro Jahr. Weshalb machen wir das nicht und unterstützen diskriminierend à fonds perdu einen Wettbewerbsteilnehmer – den Träger K12 – und alle andern nicht?

Ich werde Ihnen nun etwas vorrechnen. Wenn wir die, aufgerundet, 4 Mio. Franken mit 2 Prozent verzinsen, wird die Rechnung der Schule mit 80 000 Franken pro Jahr belastet. Wenn ich das durch die rund 300 Schülerinnen und Schüler dividiere, komme ich auf nicht einmal 300 Franken, die das pro Schüler und Jahr ausmacht. Der Volkswirtschaftsdirektor kann mir dann vielleicht sagen, das sei eine Milchbüchli-Rechnung und stimme nicht – aber dann soll er es mir vorrechnen. Es soll mir aber niemand sagen, wegen der 1 oder 2 Prozent – bezogen auf die Schulgelder – breche das Businessmodell dieser Schule zusammen.

Peter Gasser, Bévillard (SP). J'ai bien aimé la présentation du collègue Brönnimann, et je souscris à beaucoup de points là-dérrière. J'ai envie de vous rappeler deux ou trois éléments. Tout d'abord, comme il le disait, moi non plus je n'ai rien contre les écoles privées, mais ce qui me dérange, c'est que nous ici, nous sommes prêts à subventionner même pas l'école privée en tant que telle, mais on va subventionner La Mobilière. Or, moi, je suis assuré à La Mobilière et j'ai reçu récemment un petit papier disant que leurs affaires avaient tellement bien marché qu'ils allaient même me redonner quelque chose. Alors excusez-moi, mais là, je ne comprends plus très bien. Le canton de Berne, qui n'a pas assez d'argent et qui est obligé d'augmenter les effectifs de classe pour économiser quelques millions, et bien ces mêmes millions, on va les remettre pour aider La Mobilière, qui est une société suisse. Je ne peux pas comprendre cela et je prétends même que c'est une erreur. Il n'est pas logique de vouloir aider quelqu'un et de donner de l'argent à son voisin. C'est un peu ce qu'on va faire.

Deuxième élément, ce sont nos propres impôts, ceux des enseignants, des fonctionnaires, qui sont de 10 pour cent et qui participent à hauteur de 20 pour cent, qui vont aller soutenir cette concurrence. Mais c'est à mettre la tête par terre! Ce n'est plus possible! Evidemment, je sais, on va me dire que ce n'est pas le même compte. Ici, on fait de la promotion économique, ce ne sont pas les comptes de la DIP. Mais soyons sérieux, c'est notre argent à tous, on gère l'argent du ménage bernois. Vous à la maison, vous réfléchissez si c'est le budget de ceci ou de cela? Non, au bout d'un moment, vous avez besoin d'argent, vous le prenez. C'est un peu la même chose. Ensuite, j'ai lu attentivement le dossier, mais franchement, est-ce que l'année prochaine vous saurez quelle société est en fait là-dérrière? Nous allons nous-mêmes, avec nos impôts, donner de l'argent à une société qui se débrouille encore certainement, si tout va bien, pour encore avoir des impôts à payer au Luxembourg et non pas en Suisse. C'est indirectement cela que nous allons faire, et nous allons le soutenir. Je suis désolé, mais moi je ne peux pas. On dit qu'il faut faire cela pour la compétitivité de la place financière suisse ou de l'économie suisse, mais je vous rappelle que pas plus tard qu'il y a quelques jours, j'ai lu qu'au classement du WEF, la Suisse était première, une fois de plus. Donc, on est déjà bien, alors s'il vous plaît, gardons cet argent pour nous, et ça ira très bien.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Ich habe mich eigentlich darauf eingestellt, dass das Geschäft praktisch unbestritten und ich ein einfacher Rufer in der Wüste sei. Wenn ich nun die Rednerliste betrachte, muss ich feststellen, dass dem wohl doch nicht so ist. Niemandem ist recht wohl bei der Sache. Das freut mich eigentlich. Ich habe mich extra schon in schwarze Trauerkleidung gekleidet. Die Krawatte zeigt, dass da vielleicht noch ein Silberstreifen am Horizont ist. Ich lege meine Interessenbindung offen: Ich bin Präsident des Vereins Kulturlandschutz Region Bern und KMU-Mitglied. Ich sehe sehr wohl beide Seiten – einerseits die wirtschaftliche und andererseits die raumplanerische. Eine Ablehnung des Beitrags gefährdet diese Schule nicht, da bin ich mir ganz sicher. Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns sogar völlig einig: Raumplanerisch steht das Projekt völlig schräg in der Landschaft und würde heute wohl sogar in der Gemeinde Muri bei Bern nicht mehr einfach durchgewinkt. Ich bin mir aber auch bewusst, dass landauf, landab viele solcher Projekte existieren, weil die Sensibilisierung für die Raumplanung vor einigen Jahren noch nicht so fortgeschritten war. Es geht hier also darum, ob der Kanton das Projekt im Sinn der Standort- und Wirtschaftsförderung unterstützt und als raumplanerisch schwaches Projekt noch prämiert. Damit wird in dieser raumplanerisch sehr sensiblen Zeit ein falsches Signal ausgesendet. Wenn dann zukünftig bei jedem wirtschaftsrelevanten Projekt die Raumplanung hintangestellt wird, kommt es nicht gut heraus – Raumplanungsbericht hin oder her. Herr Regierungsrat, wenn das Geschäft schon zurückgezogen wurde, hätte man doch Zeit gehabt, Verhandlungen aufzunehmen und den Kantonsbeitrag von einer besseren Nutzung der 2 Hektaren Restfläche abhängig zu machen. Aber nichts ist geschehen.

Thomas Brönnimann, leider habe ich nicht genug Zeit, um hier noch Rechnungen anzustellen. Ich gebe die Angaben aber gerne bilateral bekannt. Ich bin überzeugt, dass das Areal in zwei bis drei Jahren mit einem hohen Zaun gesichert ist und zwar grün bleibt, aber der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Dann werden wir genau das haben, was wir raumplanerisch nicht mehr wollen – nämlich private Grünzonen an gut erschlossenen Lagen. Wie wollen wir in Zukunft eine Volksabstimmung über eine Landeinzonung an guter Lage gewinnen, wenn mit dem Finger auf Muri gezeigt und gesagt werden kann, der Kanton habe für diese Sünde noch einen Beitrag gewährt? Hier noch eine Bemerkung an die Adresse der Initianten der Kulturland-Initiative, bei der ich im Unterstützungskomitee sitze. Man kann nicht einen besseren Kulturlandschutz fordern und beim erstbesten Geschäft, bei dem es konkret wird, einknicken und ein falsches Signal aussenden helfen. Und noch Folgen-

des an Herrn Grossrat Haas: *(Die Präsidentin bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.)* Wenn das Zitat aus der Berner Zeitung «BZ» stimmt, wonach du damit rechnen würdest, dass bei diesem Geschäft noch jemand das Kulturland-Süppchen köcheln werde, dann zeigt mir das, dass raumplanerische Anliegen bei der FDP einfach noch nicht angekommen sind.

Andreas Hofmann, Bern (SP). Der Beitrag des Kantons ist unnötig. Die Kundschaft der ISBerne besteht zu einem grossen Teil aus Expats mit überdurchschnittlich hohen Einkommen. Zudem können diese die Auslagen für Privatschulen sogar noch von den direkten Bundessteuern abziehen. Wer profitiert von diesen Expats? Die Firmen, die sie beschäftigen. Hier sehe ich eine perfekte Anwendung des freisinnigen Postulats der Selbstverantwortung. Anstelle des Kantons könnten die Firmen, die regelmässig Expats beschäftigen, die 3,9 Mio. Franken locker bezahlen. Ich habe mich in den letzten 14 Tagen intensiv mit dem Richtplan auseinander gesetzt – ich bin momentan quasi richtplangeschädigt. Die vorgesehene, eingeschossige Bauweise schlägt allen Prinzipien im Richtplan ins Gesicht. Der Entwurf des Richtplans ist noch druckfrisch. Wenn wir nun die vorgesehene, eingeschossige Bauweise mit einem 3,9-Mio.-Franken-Geschenk prämiieren, können wir den Richtplan, bevor die Vernehmlassung überhaupt beendet ist, ins Altpapier werfen. Hier noch ein Hinweis an eine andere Partei, die sich normalerweise sehr sensibel zeigt, wenn es um fremde Richter geht. Die überzogenen Sicherheitsanforderungen, die zu der eingeschossigen Bauweise geführt haben, kommen von fremden Richtern; nämlich den USA. Das kennen Sie aus dem Bankwesen, wo ebenfalls fremde Richter am Werk sind. Sie machen unsere Vorstellungen einer raumplanerischen Entwicklung zunichte. Bitte denken Sie daran.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Landauf, landab sind Rednerinnen und Redner gegen die Ecopop-Initiative unterwegs. Verdichtetes Bauen sei die richtige Antwort auf die grosse Einwanderung und gegen die Zubetonierung. Kaum hören dieselben Redner internationale Schule, gute Steuerzahler oder Stärkung des Standorts, werden sie schwach und das Verdichtete wird zu einem Lied für das grosse Geld und von der Angst, etwas zu verlieren, umgedichtet. Das Resultat sind 5 Hektaren Kulturland für eine eingeschossige Schule, garniert mit 4 Mio. Franken Staatsgeldern. Eine solche Landvernichtung und Kulturverarmung dürfen wir nicht fördern. Das ist weder konservativ noch progressiv, liberal oder nachhaltig – das ist einfach daneben.

Roland Näf, Muri (SP). Ich bin, glaube ich, der Einzige in diesem Saal, der in der Sache ISBerne bereits einmal abstimmen durfte. Ich durfte in der Gemeinde Muri bei Bern über diese Einzonung abstimmen und habe damals dagegen gestimmt. Ich kenne das betreffende Land sehr gut und komme jede Woche mehrmals daran vorbei. Wenn Sie vor dem Abstimmen wissen wollen, wie es aussieht, können Sie gerne bei mir vorbei kommen. Ich kann Ihnen Fotos zeigen, die Ihnen aufzeigen, warum ich persönlich dagegen stimmen werde. Das ist aber nicht der Grund, weshalb ich hier vorne stehe. Nein, ich habe mich über das Votum von Fritz Wyss von der SVP als FiKo-Sprecher gefreut. Und zwar, weil es für mich ganz neue Töne waren. Die Ausländerinnen und Ausländer sollten sich wohl fühlen, hat Fritz Wyss gesagt. Das finde ich auch und es freut mich, dies einmal zu hören. Andererseits sprach Grossrat Blank von der wirtschaftlichen Bedeutung. Sie müssen noch ein bisschen konkreter sagen, was damit genau gemeint ist. Ich denke, das wird der Volkswirtschaftsdi- rektor anschliessend entweder bestätigen oder widerlegen können. Es geht darum, ausländischen Kadermitgliedern zu zeigen, dass der Standort Bern für eine ausländische Firma gut ist und es sich lohnt, hierher zu kommen; natürlich mit entsprechend vielen ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Nun ist es für mich ein bisschen schwierig. Auf der einen Seite habe ich Freude an Aussagen, wie, dass sich diese Personen hier wohlfühlen sollen. Andererseits lancierte die gleiche Partei eine Masseneinwanderungs-Initiative. Ich möchte Sie bitten, mir noch einmal zu erklären, wie es möglich ist, auf der einen Seite derart gegen die Ausländerinnen und Ausländer zu kämpfen und auf der anderen Seite – wenn es konkret darum geht, Firmen mit Ausländerinnen und Ausländern anzusiedeln – sieht es plötzlich ganz anders aus.

Ursula E. Brunner, Hinterkappelen (SP). Es ist eine schwierige Entscheidung die wir hier zu treffen haben. Wir haben es vorhin kurz überschlagsweise berechnet. Würden auf der betreffenden Landfläche 490 Wohnungen à 100 Quadratmeter für je 3 Personen gebaut, könnte man dort rund 1500 Menschen unterbringen. Das ist eine Tatsache. Eine andere Tatsache ist aber auch, dass wir eine solche Schule in unserem Kanton brauchen. Ich selbst konnte in New York eine solche Schule besuchen und anerkenne die Grosszügigkeit der Menschen dort, die ich erleben durfte. Ich finde,

dass wir dieses Gut auch in die Waagschale werfen müssten. Ich möchte gerne noch ein wichtiges Anliegen loswerden. Das Geschäft wurde beinahe ein wenig zu einer Raumplanungsdebatte. Wenn wir Raumplanung betreiben und das wirklich ernst nehmen, müssen wir auch daran denken, dass Verdichten immer auch eine Frage der Qualität ist. Wenn wir nur um der Verdichtung wegen verdichten, erweisen wir damit niemandem einen Dienst. Ich bin sehr dafür, zu verdichten, aber dann bitte mit entsprechender Qualität. In meiner eigenen Gemeinde erstelle ich im Moment auch einen eingeschossigen Pavillonbau, weil der Landverbrauch durch den eingeschossigen Bau nur ein paar Längenermeter mehr beträgt. Denn so braucht es keine Gänge, keine doppelten WC, keinen Lift, kein Treppenhaus und keine zweiten Räume für die Hauswartung. Deswegen muss immer eine genaue Interessenabwägung durchgeführt werden. Man muss auch den Bau an sich betrachten. Ich bitte Sie, diesen Aspekt auch zu berücksichtigen.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Wir sprechen hier über einen rein finanziellen Beitrag im Sinne der Wirtschaftsförderung. Die Einzonung und Planung sind bereits geschehen. Dazu haben wir nichts sagen können. Ein Vorredner sagte es vorhin bereits. Wenn man den Aspekt bezieht, was wir an Land einsparen könnten, ist es nicht dementsprechend. Wir alle hier im Saal sind in der Verantwortung, haushälterisch mit den Finanzen, den Ressourcen und dem Boden umzugehen. Ich, als Landwirt, bin mit betroffen. Ein Berufskollege von mir musste das Land hergeben und konnte nichts dazu sagen. Dies, weil er Pächter des Landes ist, das die Bernburger im Baurechtsvertrag zur Verfügung stellen. Deshalb sind ihm die Hände gebunden. 5 Hektaren Land mehr oder weniger für einen Betrieb – das wiegt schwer. Daran müssen wir auch denken. Ich will hier nicht noch verlängern. Ich werde dem Beitrag nicht zustimmen, weil wir damit ein Signal in die gegenteilige Richtung aussenden, was wir anschliessend beim Raumplanungsbericht diskutieren werden. Wenn wir jetzt schon Signale aussenden, dass es eigentlich keine Rolle spielt, ist das etwa dasselbe, wie wenn ich zu Hause sagen würde, ich möchte ein Butterbrot und dann eine Schwarzwälder Torte essen würde.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Zuerst möchte ich Kollege Näf Folgendes sagen: Du nutzt jede Gelegenheit, um gegen die SVP zu sprechen. Aber auch die SP ist sich nicht immer einig. Ich erinnere nur an die Steuerdebatte in den letzten Tagen. Ich, als Landwirt, kann zu diesem Projekt eigentlich auch nicht ja sagen. Sicher brauchen wir die internationale Schule. Das ist für mich auch klar. Aber ich bin überzeugt, es wird sie auch ohne diesen Kredit weiter geben. Ich gewichte den raumplanerischen Aspekt stärker, umso mehr, als die Kinder, die diese Schule besuchen werden, sicher mehrheitlich aus wohlhabenden Familien kommen. Der unnötige Landverbrauch muss nicht sein. Beispielsweise werden in unserer Gemeinde jetzt Alterswohnungen geplant. Sonst sagt man, diese sollten nur über ein Geschoss verfügen. Wir werden aber dreistöckig bauen. Mit einigen Anpassungen ist das möglich. Und wir tun das freiwillig. Mich hat auch die Aussage gestört, dass eine Intervention in einem eingeschossigen Gebäude einfacher sei. Das ist uns natürlich auch klar. Aber das Bundeshaus und das Rathaus sind auch nicht eingeschossig. Sind die Leute im Bundeshaus oder wir hier denn weniger wert? Das wollen wir uns von fremden Leuten tatsächlich nicht vorschreiben lassen. Deshalb werde ich nein stimmen.

Andreas Rickenbacher, Volkswirtschaftsdirektor. Zuerst möchte ich mich bei Ihnen herzlich für die Diskussion bedanken. Ich möchte auch danken für die Art und Weise wie das Geschäft von der Finanzkommission und den Fraktionen aufgenommen wurde. Der Beitrag des Kantons an dieses Projekt ist nötig, damit es gebaut werden kann. Ich möchte aus der Sicht der Regierung die drei bis vier wichtigsten Argumente hier noch einmal darlegen. Erstes haben wir hier für ein standortpolitisch motiviertes und nicht für ein bildungspolitisch motiviertes Vorgehen einen Kredit zu sprechen. Deswegen wird der Kredit von der Volkswirtschaftsdirektion verantwortet und nicht etwa von der Erziehungsdirektion. Es geht hier auch nicht um ein kantonales Bauprojekt, wie man aus der Diskussion beinahe hätte schliessen können, sondern um einen standortpolitisch motivierten Beitrag an ein Projekt eines Dritten. Weshalb will die Regierung diesen Beitrag sprechen? Es ist das Ziel, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Kanton Bern mit diesem Mosaikstein – nebst anderen – weiter zu stärken. Die Regierung will, dass der Kanton Bern ein attraktiver Standort für Unternehmungen ist. Dies soll nicht einfach zum Selbstzweck geschehen, sondern wir wollen mehr Unternehmungen in diesem Kanton ansiedeln. Diese Unternehmungen und ihre Mitarbeitenden werden hier Steuern bezahlen. Diese Steuereinnahmen benötigen wir, um den Service Public, die öffentlichen Schulen, Spitäler, die Löhne der Spitalangestellten, die Löhne der Lehrer, die Löhne im öffentlichen Verkehr

und vieles mehr zu finanzieren. Wenn hier mehr Unternehmungen mit ihren Mitarbeitenden angesiedelt sind, die Steuern bezahlen, gelingt uns das besser. Das ist der Grund, weshalb wir den Wirtschaftsstandort Kanton Bern stärken wollen.

Betrachten wir unsere Konkurrenz – sei es im Raum Zürich, Basel oder am Bassin Lémanique – dann sehen wir, dass internationale Schulen wichtige Instrumente für die Ansiedlung neuer Unternehmungen darstellen. In den letzten acht Jahren war ich häufig zusammen mit dem Wirtschaftsförderer des Kantons Bern dabei, wenn es darum ging, Unternehmungen anzusiedeln. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, welche Argumente diesbezüglich wichtig sind. Es existiert ein ganzer Strauss wichtiger Argumente, aber eines wird immer wieder erwähnt: Die Leute, die hierher kommen und mit ihren Kindern vielleicht nur wenige Jahre hier leben, wollen ein internationales Schulangebot vorfinden. Nun ist es so, dass die International School of Berne die einzige Schule im Kanton Bern ist – und wahrscheinlich sogar im ganzen Perimeter der Hauptstadtregion – die das international anerkannte Programm, welches auf der ganzen Welt dasselbe ist, anbietet. Dieses Programm ist notwendig für diejenigen, die vielleicht in wenigen Jahren wieder in einem anderen Kontinent leben und ihre Kinder dort zur Schule schicken werden. Deswegen ist es aus unserer Sicht standortpolitisch wichtig, dass der Grosse Rat diesem Kredit zustimmt.

Ich habe vorhin von der Konkurrenz in anderen Regionen gesprochen. Dieses Thema klang vorher in der Debatte auch an. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass es in anderen Regionen der Schweiz potente Unternehmungen gibt, die bereit sind, im Sinne von Sponsoring, an ein solches Vorhaben beizutragen. Hier ist es uns nicht gelungen, in diesem Ausmass Firmen zu finden, die bereit sind, dazu beizutragen. Es ist vielleicht eine Besonderheit dieser Region, dass wir uns überlegen müssen, ob wir selbst als Staat dazu beitragen wollen oder nicht. Ein wichtiges Argument scheint mir auch zu sein, dass es hier um eine Paketlösung geht. Das wurde in der Diskussion nicht erwähnt. Der Kanton ist nicht der einzige Partner. Einer der Partner ist die Gemeinde Muri bei Bern. Die Gemeinde Muri bei Bern stimmte nicht nur in einer Volksabstimmung der Zonenplanung zu, sondern gewährt auch eine geldwerte Leistung, indem sie gewisse Gebühren erlässt. Auch die Burgergemeinde Bern ist ein wichtiger Partner bei diesem Projekt, da sie einen günstigen Baurechtszins gewährt. Ebenso sind Unternehmungen wichtige Partner in diesem Projekt. Es handelt sich um Unternehmungen, die – zwar nicht im gleichen Ausmass wie in anderen Regionen – bereit sind, Sponsoring zu betreiben und solche, die bereit sind, die Schulgelder für die Kinder ihrer Mitarbeitenden zu bezahlen. So tragen diese Unternehmungen ebenfalls zur Finanzierung bei. Das Mutterhaus, welches hier in gewissen Voten als ausländische Gesellschaft abgetan wurde, ist bereit, eine Defizitgarantie zu gewähren und musste solche Defizite in den letzten Jahren mit dieser Schule auch tragen. Das Mutterhaus ist bereit, an diesem Standort zu investieren und mit dazu beizutragen, dass wir hier über ein attraktives Angebot verfügen. Sie sehen – damit ist der Kanton nur ein Partner unter vielen. Die Regierung und ich persönlich haben den Eindruck, dass wir gut daran tun würden, ein Gleiches zu tun und zu signalisieren, dass uns das internationale Schulangebot wichtig ist. Der Regierungsrat hat die Signale, die in der FiKo in der ersten Debatte geäussert wurden, aufgenommen. Damit haben wir die Anliegen des Parlaments ernst genommen. Erstens würden wir den Beitrag der Mobiliar Asset Management ausrichten und nicht mehr der Schule direkt. Zweitens wurde der Beitrag im Vergleich zum ersten Antrag wesentlich gesenkt.

Ich komme nun zu einigen Argumenten, welche in der Debatte erwähnt wurden. Grossrat Brännmann hat gesagt, das Geschäft sei schlecht vorbereitet gewesen. Herr Grossrat Brännmann – im Interesse meiner Mitarbeitenden vom beco, die an diesem Geschäft sehr viel gearbeitet haben, verahre ich mich an dieser Stelle gegen diesen Vorwurf. Das Geschäft wurde nicht schlecht vorbereitet. Es handelt sich um ein Geschäft, welches sich über mehrere Jahre hinweg zieht. Sie haben nur die letzte Phase in den letzten 12 Monaten mitbekommen. In diesem Geschäft hat sich zwei oder dreimal Wesentliches geändert. Meine Mitarbeitenden und ich sind auf diese Änderungen eingegangen. Wir haben dieses Geschäft nach bestem Wissen und Gewissen vorbereitet und es zweimal in die FiKo und jetzt hier ins Parlament gebracht. Deshalb verahre ich mich gegen den Vorwurf, das Geschäft sei schlecht vorbereitet gewesen. Und offensichtlich halten Sie es nicht einmal für nötig zuzuhören, wenn ich auf Ihr Votum eingehe – das spricht auch für sich.

Ein zweites Argument ist die Frage des Flächenverbrauchs. Das war an sich das Hauptargument in dieser Debatte. Ich möchte hier noch einmal die Zahlen erwähnen, damit wir wissen, wovon wir konkret bezüglich Flächenverbrauch sprechen. Das Grundstück hat eine Fläche von 50 000 Quadratmetern. Von dieser Fläche können rund 20 000 Quadratmeter Grünfläche weiterhin extensiv genutzt werden. Weitere 20 000 Quadratmeter werden schulspezifisch – als Pausenplätze, Sportplätze, Parkplätze, Zufahrtswege und Gehwege – genutzt. Dann bleiben 6000 Quadratmeter, welche

das Gebäude für sich in Anspruch nimmt. Würde das Gebäude also zwei- oder mehrgeschossig gebaut werden, könnte man vielleicht 2000 oder 3000 Quadratmeter Landverbrauch verhindern. Ich weiss nicht, ob diese 2000 oder 3000 Quadratmeter es rechtfertigen, anhand dieses Falls eine raumplanerische Grundsatzdebatte zu führen. Aus meiner Sicht handelt es sich um ein Schulgebäude, welches einen Pausenplatz, Sportplätze und Grünflächen benötigt. Ein Teil – beinahe die Hälfte – bleibt immerhin auch noch extensiv landwirtschaftlich nutzbar. Von daher mag ich nicht erkennen, dass dies nun derjenige raumplanerische Sündenfall ist, der hier begangen würde.

Das Ganze ist ein Kompromiss – ein Kompromiss unter vielen Partnern. Ich habe es erwähnt, es sind Partner der öffentlichen Hand, wie Burgergemeinde, Gemeinde und Kanton. Es sind aber auch Partner aus der Privatwirtschaft, eine Firma die bereit ist, eine Defizitgarantie zu stellen und eine Schule, die nach bestem Wissen und Gewissen versucht, ihre Schüler darauf vorzubereiten, dass sie auch in anderen Ländern die Schule besuchen können. Das Ganze dient uns als kleiner Mosaikstein um gemeinsam etwas zu unternehmen, damit der Wirtschaftsstandort Kanton Bern ein bisschen attraktiver wird. Es gilt auch, gegenüber den bereits angesiedelten Firmen wie beispielsweise CSL Behring oder 3M ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass wir verlässlich und auch bereit sind, ihnen gegenüber etwas in die Waagschale zu werfen. In diesem Sinn hoffe ich, dass trotz der kritischen Debatte eine Mehrheit des Parlaments diesem Kredit zustimmen wird.

Präsidentin. Est-ce que le porte-parole de la commission, M. Wyss, veut reprendre la parole? Non, donc nous passons tout de suite au vote. Affaire n°36 «International School of Berne, Gümligen. Subvention à la nouvelle construction 2015–2016, crédit d'engagement pluriannuel / crédit d'objet». Il s'agit d'un crédit de 3,9 millions, qui est soumis au référendum financier facultatif. Ceux qui acceptent ce crédit votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	87
Nein	46
Enthalten	16

Präsidentin. Vous avez accepté ce crédit.